



**Überparteiliches Komitee  
«Nein zum Energiegesetz»**  
c/o Haus der Wirtschaft  
Hardstrasse 1  
4133 Pratteln

## **Medienmitteilung**

Pratteln, 9. Juni 2024

### **Die Verwirrung um die Energiegesetzgebung führt zu JA beim Energiegesetz**

*Die ständigen Beteuerungen der Befürworter, wonach das Gesetz «harmlos» sei, haben verfangen. Das Baselbiet hat überrissenen Zielsetzungen in der Energiepolitik angenommen, die enorme Kosten nach sich ziehen werden. Nun wird Wohnen insgesamt teurer. Ungeachtet dessen, muss die Bevölkerung über die Dekret-Bestimmungen, also über das fossile Heizungsverbot, abstimmen können.*

Das überparteiliche Komitee «Nein zum Energiegesetz» bedauert zutiefst die Annahme des neuen kantonalen Energiegesetzes. Trotz intensiver Aufklärungsarbeit und des Einsatzes zahlreicher Unterstützerinnen und Unterstützer aus Politik und Wirtschaft hat sich die Mehrheit der Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für das revidierte Gesetz ausgesprochen. Offenbar liess sich eine Mehrheit der Stimmenden von der verwirrenden Argumentationslinie der Befürworter überzeugen, dass die strittigsten Punkte der neuen Energiegesetzgebung nicht im Gesetz stünden und dieses daher «harmlos» sei. Der hohe Anteil an Nein-Stimmen von 45.69 Prozent zeigt, die Regierung kann bei ihrer Energiepolitik auf keine breite Unterstützung in der Bevölkerung zählen.

Christine Frey (Landrätin FDP) und Peter Riebli (Landrat SVP), Co-Präsidenten des überparteilichen Komitees, sind enttäuscht über das Ergebnis. «Wir bedauern sehr, dass die Bevölkerung sich für ein Gesetz entschieden hat, das viel zu hohe Ziele setzt, welche nur mit Verboten und Pflichten zu erreichen sind», betonen die beiden Politiker.

Trotz der Annahme des Energiegesetzes bleibt das Komitee aktiv. In ihrer Abstimmungspropaganda haben die Befürworter stets betont, dass die strittigsten Vorschriften, die sich unmittelbar und direkt auf Bürgerinnen und Bürger auswirken, nämlich das fossile Heizungsverbot und die Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen bei Neubauten, gar nicht zur Abstimmung unterbreitet waren, weil sie im zugehörigen Dekret vom Landrat direkt geregelt wurden. Dieses Dekret soll am 1. Oktober in Kraft treten. Doch der Baselbieter Bevölkerung muss bei allen wesentlichen Entscheidungen in der Energiepolitik ein Mitspracherecht zustehen. Die formulierte Gesetzesinitiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung», die genau dies verlangt, ist deshalb bereits lanciert und die Unterschriftensammlung befindet sich auf gutem Weg. Das Volksbegehren wird schon bald bei der Landeskanzlei eingereicht werden können.

Das Komitee bedankt sich bei allen Personen, die sich für ein Nein zum Energiegesetz eingesetzt haben.

## **Kontakt**

Christine Frey, Co-Präsidentin Komitee, +41 76 442 09 20, christinefrey@ebmnet.ch

Peter Riebli, Co-Präsident Komitee, +41 79 349 78 20, peter.riebli@lr-bl.ch